

<http://www.aerzteblatt.de/archiv/79137/>

Bühning, Petra

Psychotherapeutenausbildung: Bundesgesundheitsministerium handelt nicht

AKTUELL

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wirft der Bundesregierung Untätigkeit hinsichtlich einer notwendigen Reform der Ausbildung von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) vor. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen zu dem Thema (Bundestagsdrucksache 17/3153) sei „völlig unbefriedigend“, so die gesundheitspolitische Sprecherin Birgit Bender. Auch der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), Prof. Dr. Rainer Richter, hält die Antwort für „widersprüchlich und unbefriedigend“.



Psychologie ist nach wie vor ein begehrtes Studienfach. Foto: ddp

Hintergrund: Seit Mai 2009 liegt dem Bundesministerium für Gesundheit das eigens in Auftrag gegebene Forschungsgutachten zur Reform der Psychotherapeutenausbildung vor. Dringenden Reformierungsbedarf gibt es unter anderem aufgrund der prekären finanziellen Situation der Ausbildungskandidaten während des praktischen Jahres und wegen der nicht auf die Abschlüsse Bachelor und Master passenden Zugangsvoraussetzungen zur postgradualen Ausbildung. Die Gutachter haben sich für den Master sowohl als Voraussetzung für die Ausbildung zum PP als auch zum KJP ausgesprochen. In vielen Bundesländern wird nämlich bereits der Bachelor als Voraussetzung für die KJP-Ausbildung akzeptiert. Die 83. Gesundheitsministerkonferenz der Länder hat die Bundesregierung deshalb gebeten, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Novellierung der Ausbildung einzurichten und kurzfristig einen Masterabschluss für die Psychotherapeutenausbildung gesetzlich vorzuschreiben. Dies unterstützt auch die BPTK: Der 16. Deutsche Psychotherapeutentag hat im Mai Eckpunkte für die Reform der Ausbildung beschlossen, um dem Änderungsbedarf nachzukommen.

In der Antwort der Bundesregierung heißt es, dass keine entsprechenden Gesetzesinitiativen geplant seien. Auch über Zeitpunkt und Inhalte einer Novellierung des Psychotherapeutengesetzes habe die Regierung „noch nicht entschieden“. Ob und wann eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe tätig werde, „lässt sich noch nicht abschätzen“. Untätigkeit werde zu einem „Flickenteppich länderspezifischer Regelungen“ führen, warnt Grünenpolitikerin Bender. BPTK-Präsident Richter fordert: „Die Bundesregierung muss jetzt handeln, um die Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.“ *pb*

© Deutsches Ärzteblatt